



ERSTER ABSCHLUSSJAHRGANG

2012 startete die Sekundarschule Nümbrecht/Ruppichteroth

>>> Unter dem Motto „Klappe die ERSTE, wir waren die ERSTEN am Set!“ wurden die erzielten Ergebnisse für den ersten 10er-Abschlussjahrgang der Sekundarschule Nümbrecht/Ruppichteroth in einer feierlichen Runde verteilt und allen zu den bestandenen Prüfungen gratuliert.

Die Geschichte: Ab dem Schuljahr 2012/2013 konnte die weiterführende Schule in Ruppichteroth starten. Der SPD war es ein großes Anliegen in Ruppichteroth eine weiterführende Schule zu erhalten. Aus ideologischen Grün-

den hatte die Mehrheit in Ruppichteroth sich lange geweigert, hier eine Gesamtschule zu errichten. Erst als die damalige rot/grüne Landesregierung die Möglichkeit zur Errichtung einer Sekundarschule schuf, war der Weg frei. Jedoch war es jetzt für eine Gesamtschule zu spät. Am 20. März 2012 beschloss der Rat der Gemeinde Ruppichteroth die Errichtung der Sekundarschule. Durch diese Entscheidung wurde ein Um- und Erweiterungsbau am bisherigen Schulstandort der Hauptschule notwendig.

Am 1. September 2016 wurde der Um- und Erweiterungsbau eingeweiht. Die Sekundarschule Nümbrecht/Ruppichteroth ist inzwischen erfolgreich und so konnte am 29.06.2017 dem ersten 10er Abschlussjahrgang zu seinen bestandenen Prüfungen gratuliert werden.

Wir wünschen allen auf ihrem weiteren Weg alles Gute und viel Erfolg. Die SPD ist erfreut über das Erreichte und erleichtert, dass Ruppichteroth wieder einen attraktiven Schulstandort mit gymnasialen Standards bis einschließlich dem 10. Schuljahr hat.



BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR RUPPICHTEROTH

>>> In der letzten Ausgabe von „klartext“ haben wir über die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ruppichteroth berichtet. Was hat sich inzwischen getan?

Ein erster Antrag der SPD Fraktion, die Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft auszuweiten, wurde inzwischen durch den Rat der Gemeinde bearbeitet. Ein weiterer Antrag, die Gründung einer eigenen Wohnbaugesellschaft zu prüfen, wurde

inzwischen ebenfalls auf den Weg gebracht. Weiterhin haben wir den Bürgermeister beauftragt, die Förderkulisse so auszugestalten, dass öffentlich geförderter Wohnungsbau in Ruppichteroth wirtschaftlich errichtet werden kann.

Unterstützt werden wir mit unseren Forderungen auch von der SPD Rhein-Sieg und der SPD in NRW. So schreiben Achim Tüttenberg und Folke große De- trars (beide SPD): „Es ist unerträglich, dass viele Menschen aus ihren Heimat-

orten wegziehen müssen, weil sie sich dort keine Wohnung leisten können.“

Sebastian Hartmann, der Vorsitzende des SPD-Landesverbands erklärte: „Die verfehlte Wohnungsbaupolitik lässt Lebensträume zerplatzen“. Er stellte ein Konzept für eine neue landeseigene Wohnbaugesellschaft (LWG) vor. Die soll vor allen den ländlichen Kommunen, unter die Arme greifen. Es geht voran, in der nächsten Ausgabe von „klartext“ mehr!

SOMMERFEST DER SPD RUPPICHTEROTH

>>> Am letzten Juli-Wochenende kamen trotz hoher Temperaturen viele Gäste zum SPD-Sommerfest am Bürgerbüro in der Wilhelmstraße. Nach kostenlosen kühlen Getränken, Waffeln und Kuchen gab es zusätzlich noch leckere Bratwürstchen vom Grill. Für die Kinder gab es ein Unterhaltungsprogramm mit Glücksrad, Tischtennisballangeln und einen Ballonwettbewerb. Willi Olmes hatte sich viel Mühe gegeben und wurde durch die begeisterten Kinder belohnt.

Ein kurzes Gewitter konnte die gute Stimmung nicht unterbrechen. Besonders freuten wir uns über den spontanen Besuch von Guido Kaltenbach, der uns mit seiner Orgel wunderbar unter-



hielt. Auch einige Vertreter der SPD Rhein-Sieg schauten vorbei, u.a. der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Dietmar Tendler, und unser Landes- und Kreisvorsitzender Sebastian Hartmann.

Dass auch Ruppichteroth immer interessanter für Kurzurlauber wird, konnte

man ebenfalls feststellen, als sich einige Wanderer aus Kamen zu uns gesellten. Es war für alle ein schöner Nachmittag in geselliger Runde. Da das Fest von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen wurde, wird es zukünftig in jedem Jahr stattfinden.

AUSZEICHNUNG FÜR GERHARD JUDT



Gerald Judt
28. Juli 2018

>>> Durch Sebastian Hartmann (SPD-Landesvorsitzender) und Ralf Voigt (Ortsvereinsvorsitzender) wurde Gerald Judt für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Fahrradtrainer unserer Kindergartenkinder mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt. Anschließend erklärte Judt in seiner Dankesrede, dass er während seiner Tätigkeit bis heute 40 000 Kinder im Kreis Altenkirchen und im Rhein-Sieg-Kreis beschult hat. In Ruppichteroth wurde er durch den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Dieter Keuenhof unterstützt.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim Wohnungsbau auf der Bremse Seite 3

Erfolgsgeschichte der Sekundarschule Seite 4

Viele Gäste beim Sommerfest der SPD Seite 4



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.